

Von der Agenda zu Hightech: 12 Punkte für neue Wertschöpfung und technologische Souveränität

*Andrea Lübcke, Ayse Asar, Katharina Beck, Sandra Detzer, Moritz Heuberger, Julian Joswig,
Rebecca Lenhard, Heiko Knopf, Claudia Müller, Anja Reinalter, Selina Storm*

*Hightech Made in Germany verspricht riesige Wertschöpfungspotentiale und wichtige Beiträge zu digitaler und technologischer Souveränität. Die Forschungsministerin feiert, dass die Hightech-Agenda „in Raketengeschwindigkeit“ aufgesetzt wurde. Doch wenn die Umsetzung auf der Startrampe stecken bleibt, kann von Raketengeschwindigkeit keine Rede sein. Wir brauchen jetzt mutige und schnelle Entscheidungen, um unsere Souveränität zu sichern. Die Hightech-Agenda der Bundesregierung setzt zwar wichtige Impulse für Schlüsseltechnologien, bedarf jedoch einer konsequenten Umsetzung und attraktiver Rahmenbedingungen. Damit sie ihr volles Potential entfaltet und einen mutigen Weg der Innovationsförderung ebnet, müssen aus unserer Sicht **folgende Punkte umgehend umgesetzt werden:***

1. Mehr als Hochglanzstrategien – endlich die richtigen Hebel setzen

Um Innovationen voranzubringen und Schlüsseltechnologien zu stärken, reicht es nicht, eine Hochglanz-Hightech-Agenda aufzusetzen und umfangreiche Roadmaps zu schreiben. Entscheidend ist, die rechtlichen und praktischen Voraussetzungen zu schaffen, damit Innovationen tatsächlich erleichtert werden. Das in der Hightech-Agenda beiläufig als „Hebel“ angekündigte **Innovationsfreiheitsgesetz** bleibt ein Phantom. Alle reden darüber, doch niemand weiß, wann es kommt, was konkret geregelt werden soll oder ob am Ende überhaupt etwas davon übrigbleibt. Statt dringend notwendige Erleichterungen jetzt umzusetzen, drohen sie in einem übergroßen Gesetzespaket mit hochstrittigen Themen auf unbestimmte Zeit verschoben zu werden.

Dabei liegen zentrale Vorschläge längst auf dem Tisch: Ein **Forschungsdatengesetz** kann den Zugang zu Daten und die Verknüpfung unterschiedlicher Datenbestände endlich verbessern. Ein wirksames **Reallaborgesetz** kann Innovationen schneller in die Anwendung bringen – vorausgesetzt, Erkenntnisse aus Reallaboren werden verbindlich ausgewertet und in Regelrecht überführt. Eine klare **IP-Strategie** mitsamt standardisierter IP-Toolkits könnte Ausgründungen und den Transfer deutlich erleichtern. Auf all das wartet die Forschung schon viel zu lange. Der Innovationsstandort Deutschland kann sich keine weiteren Ankündigungen leisten, denen kein politischer Gestaltungswille folgt.

2. Innovation ermöglichen statt verhindern – Förderlogiken entschlossen modernisieren

Innovation scheitert in Deutschland nicht an klugen Ideen, sondern zu häufig an einem Fördersystem, das auf kleinteilige Kontrolle statt auf gute Rahmenbedingungen ausgerichtet ist. Es braucht eine grundlegende Reform der Projektförderung: weniger Verwaltungsaufwand, mehr Vertrauen in wissenschaftliche Institutionen und Förderlogiken, die Innovation ermöglichen statt verhindern. Mit unserer Modernisierungsagenda für die Wissenschaft schlagen wir deshalb u.a. Trust-Based-Funding, Pauschalen statt kleinteiliger Einzelnachweise und eine **grundlegende Reform der Projektträger** vor.

Projektträger müssen mehr Freiheiten bekommen, um als ernsthafte Innovationsagenturen wirken zu können und mehr Wettbewerb zu ermöglichen. Statt starrer Strukturen braucht es innovative Förderplattformen als One-stop-shop von der Skizzenprüfung bis zur Vermarktung. Schon bei der wettbewerblichen Auswahl der Projektträger sollte Innovation in den Projektträgerstrukturen angereizt werden und schlanke und effiziente Projektbegleitung eine wichtige Rolle spielen. Es ist alarmierend, wenn zwischen Veröffentlichung einer Förderrichtlinie und dem Start konkreter Projekte mehr als ein Jahr vergeht. Zeit entscheidet darüber, ob aus klugen Ideen Wertschöpfung in Deutschland werden kann oder ob wir den Anschluss an die Konkurrenz verlieren.

Innovation gelingt häufiger, wenn die Umsetzung output-orientiert ist und die konkrete Endanwendung von Anfang an das Ziel ist. Entscheidend ist nicht, wie viele Zwischenschritte dokumentiert werden, sondern ob am Ende Produkte, Verfahren oder Technologien entstehen, die gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Mehrwert schaffen. Dafür müssen potenzielle Anwender*innen und Praxispartner frühzeitig Teil von Innovationsprozessen werden. Förderrichtlinien, Gesetze und Verordnungen müssen verständlich formuliert und in der Praxis tatsächlich anwendbar sein. **Praxis- und Digitalchecks** sollten deshalb verpflichtend frühzeitig eingebunden werden.

Mit der **Deutschen Agentur für Sprunginnovationen (SPRIND)** hat die letzte Bundesregierung ganz neue Förderlogiken und das SPRIND-Freiheitsgesetz an den Start gebracht. Erste Evaluationen zeigen klar den Erfolg der Challenges. Auch wenn diese Art der Förderung sicher nicht für alle Forschungsbereiche geeignet ist: die Geschwindigkeit der SPRIND bei ihren Förderentscheidungen sollte auch in anderen Bereichen unser Ziel sein.

3. Innovationspolitik aus einem Guss – Silodenken endlich überwinden

Die Bundesregierung betont bei jeder Gelegenheit, die Hightech-Agenda sei ein gemeinsames Projekt. Doch beschworene Einigkeit ersetzt nicht eine echte Zusammenarbeit. Wenn Schlüsseltechnologien, wie klimaneutrale Energieerzeugung allein deshalb nicht vorankommen, weil dem BMFTR hierfür die Federführung fehlt, ist das

fatal, insbesondere weil Deutschland hier eine globale Schlüsselrolle einnehmen kann. Und wenn gleichzeitig ausgerechnet beim Innovationsprogramm ZIM, einem der erfolgreichsten Instrumente für den Mittelstand, über Kürzungen nachgedacht wird, drängt sich ein anderer Eindruck auf: Innovationspolitik hat offensichtlich nicht oberste Priorität.

Wir müssen deshalb die **Governance-Strukturen** der Innovationspolitik **konsequent reformieren** und die Synergien zwischen den Ministerien stärken – sei es das Forschungs-, Wirtschafts-, Verteidigungs-, Gesundheits- oder Digitalisierungsministerium. Ziel ist eine Technologie- und Innovationspolitik aus einem Guss. Wenn man sich bei der Hightech-Agenda und anderen innovationspolitischen Vorhaben weiter gegenseitig ausbremst, muss das Kanzleramt die Koordination übernehmen.

Dazu gehört auch, **technologische Kompetenz innerhalb der Verwaltung** selbst zu stärken. Innovationspolitik scheitert nicht selten daran, dass in Ministerien und Projektträgern das technische Verständnis fehlt, um Förderlogiken zeitgemäß auszugestalten und mit der Geschwindigkeit technologischer Entwicklungen Schritt zu halten. Dafür braucht es attraktivere Bedingungen für Tech-Talente im Staatsdienst, niedrighschwellige Quereinstiegswege und kontinuierliche Weiterbildung.

4. *Wirksam statt symbolisch – Beteiligung effizient organisieren*

Die Hightech-Agenda wurde wiederholt von Ministerin Bär und ihren Staatssekretär*innen als „Mitmach-Agenda“ angekündigt und hat damit riesige Erwartungen auf Seiten der Wissenschaft und Wirtschaft geweckt, die nicht erfüllt werden konnten. Es gefährdet die **Glaubwürdigkeit des Prozesses**, wenn Wissenschaftler*innen, Wirtschaftsvertreter*innen, Hochschulen und Zivilgesellschaft nicht wissen, wie ihre eingebrachte Expertise überhaupt berücksichtigt wird.

Mit der angekündigten Online-Konsultation nach Veröffentlichung der Roadmaps soll die Beteiligung nun noch deutlich ausgeweitet werden. Doch schon heute fehlt Transparenz darüber, wie Stellungnahmen ausgewertet, priorisiert und in Entscheidungen überführt werden. Es stellt sich deshalb zunehmend die Frage, ob der Prozess in dieser Form überhaupt wirksam organisiert werden kann – oder ob immer neue Beteiligungsschleifen vor allem zusätzlichen Verwaltungsaufwand erzeugen. Denn die Bearbeitung einer großen Zahl an Stellungnahmen bindet erhebliche personelle Ressourcen. Diese werden an anderer Stelle dringend benötigt – etwa beim Abbau von Bürokratie und der Modernisierung von Förderlogiken. Auch hier gilt es, im **Zielkonflikt Beteiligung versus effektive Beschleunigung** mutig zu priorisieren.

5. Innovationen schneller in den Markt bringen – Skalierung beschleunigen

Um aus der Forschung und Entwicklung schneller Innovationen zu skalieren und Spin-offs bei der Kommerzialisierung zu unterstützen, müssen bessere marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das Ziel muss sein, dass neue Technologien in Deutschland zukünftig schneller zu Produkten, Unternehmen und Produktionsstandorten mit neuer Wertschöpfung werden. Doch während die technische Entwicklung der Schlüsseltechnologien politisch sichtbar vorangetrieben wird, bleiben die **Voraussetzungen für Skalierung, Transfer und Markteinführung** bislang zu vage, in der Umsetzung viel zu langsam oder schlicht unsichtbar. Dabei entscheidet genau hier, ob aus Forschung tatsächlich neue Wertschöpfung entsteht.

Dazu gehört eine **innovationsfreundliche öffentliche Beschaffung**, die junge Technologieunternehmen bei Vergabeverfahren gegenüber etablierten Akteur*innen nicht benachteiligt. Öffentliche Beschaffung sollte dabei künftig auch technologische Souveränität, europäische Wertschöpfung und Innovationsfähigkeit stärker berücksichtigen – nicht allein den kurzfristig günstigsten Preis. Zudem braucht es schnellere Genehmigungen für Pilot- und Produktionsanlagen, verlässliche Nachfrageimpulse für Schlüsseltechnologien und gezielte Unterstützung beim Hochskalieren junger Technologieunternehmen.

Der Staat darf Zukunftstechnologien nicht nur fördern, sondern muss auch selbst zum strategischen **Ankerkunden** werden. Im Koalitionsvertrag wird das zurecht angekündigt – jetzt kommt es darauf an, diesen Anspruch endlich praktisch umzusetzen. Gerade bei europäischen Open-Source-Lösungen, KI-Anwendungen und klimafreundlichen Technologien kann öffentliche Beschaffung entscheidend dazu beitragen, dass innovative Lösungen schneller in die Anwendung kommen und in Deutschland und Europa skalieren. Nur wenn wir den Schritt vom Prototyp zur industriellen Anwendung konsequent absichern, entsteht dauerhafte Wertschöpfung in Deutschland und Europa.

6. Zukunft braucht Wachstumskapital – Privates Kapital mobilisieren

Um das Wertschöpfungspotential von Schlüsseltechnologien in Deutschland zu heben und technologisches Know-how nicht ans Ausland zu verlieren, braucht es deutlich mehr Kapital mit langfristiger Perspektive. Hier wird noch zu oft reflexhaft nach zusätzlichen staatlichen Mitteln gerufen. Doch der Schlüssel muss darin liegen, **privates Kapital wesentlich besser für Innovationen zu mobilisieren**. Um die Wachstumskapitallücke, das sogenannte "Valley of Death", insbesondere für kostenintensive DeepTech-Entwicklungen im Innovationsprozess zu schließen, müssen wir den Zugang zu privatem Kapital verbessern. Am Beispiel der Fusionsforschung wird die Dimension klar sichtbar: Die aktuell vorgesehenen öffentlichen Mittel sind ein wichtiger Schritt – sie

werden aber bei weitem nicht ausreichen, um die Technologie bis zur Anwendung zu bringen. Gleichzeitig kann es nicht Aufgabe des Staates sein, diese Entwicklung allein zu finanzieren. Im Gegenteil: Wir verschenken enormes Potential, wenn wir nicht auch privates Kapital in großem Umfang mobilisieren und damit Chancen auf Geschwindigkeit, Skalierung und technologische Entwicklung ungenutzt lassen.

Deshalb braucht es jetzt endlich die passenden Rahmenbedingungen, damit privates Kapital tatsächlich in großem Umfang in solche Zukunftstechnologien fließen kann. Denn die Erwartung an industriegeführte Konsortien und private Skalierungsfinanzierung wächst bereits deutlich – ohne dass die regulatorischen Voraussetzungen dafür konsequent geschaffen werden. Die von der vergangenen Bundesregierung begonnenen Initiativen wie die **WIN-Initiative** und die **Start-Up-Factories** zeigen, wie es gehen kann.

Gleichzeitig müssen insbesondere Kapitalsammelstellen wie Versicherungen und Pensionsfonds in die Lage versetzt werden, stärker in **breit diversifizierte Wachstums- und Innovationsfonds** zu investieren, die privates Kapital gezielt für Zukunftstechnologien mobilisieren. Staatliche Mittel – etwa über einen Bürgerfonds oder öffentliche Ankerinvestitionen – sollten dabei gezielt als Hebel eingesetzt werden. Sie können privates Kapital aktivieren und Risiken abfedern. Dafür braucht es auch entschlossene Fortschritte für die europäische Kapitalmarktunion. Denn ohne einen leistungsfähigen europäischen Kapitalmarkt wird es kaum gelingen, technologieorientierte Scale-ups langfristig in Europa zu halten und global wettbewerbsfähig zu machen.

7. Nachhaltigkeit als Wettbewerbsvorteil – technologische Stärke ressourceneffizient sichern

Nachhaltigkeit spielt in der Hightech-Agenda nur eine Nebenrolle. Die punktuelle Erwähnung klimaneutraler Technologien reicht nicht aus, um den Herausforderungen von Ressourcenverbrauch, Wasserknappheit, Kreislaufwirtschaft und resilienten Wertschöpfungsketten gerecht zu werden.

Gerade in Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz und Mikroelektronik wird **Ressourceneffizienz** zum entscheidenden Faktor – bei Energie, Wasser und kritischen Rohstoffen. Digitalisierung und KI werden den Energieverbrauch massiv steigern. Wer hier auf hocheffiziente Technologien setzt – z. B. auf energieeffiziente Chips –, kann sich einen echten Wettbewerbsvorteil erarbeiten. Deutschland hat dafür eine exzellente Forschungsbasis, die nun konsequent in industrielle Anwendung übersetzt werden muss.

Gleichzeitig braucht Hightech die **passende Infrastruktur**. Rechenzentren, KI-Anwendungen und digitale Produktionsprozesse werden nur dort entstehen und skalieren, wo

ausreichend leistungsfähige digitale Infrastruktur und bezahlbare erneuerbare Energien verfügbar sind. Wer Nachhaltigkeit als Wettbewerbsvorteil nutzen will, muss den Ausbau erneuerbarer Energien, moderner Stromnetze und digitaler Infrastruktur entschlossen vorantreiben – statt ihn auszubremsen. Auch die **Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung** muss wieder stärker in den Fokus rücken – von Klimaforschung über Kreislaufwirtschaft bis hin zu Energiesystemanalysen oder Erhalt der Artenvielfalt. Denn Nachhaltigkeit ist kein Randthema, sondern zentrale Voraussetzung für technologische Souveränität und wirtschaftliche Stärke.

8. Strategische Forschung stärken – Transformation nicht nur technologisch denken

Die Hightech-Agenda setzt stark auf technologische Lösungen. Doch Transformation gelingt nicht allein durch neue Technologien. Sie entscheidet sich auch daran, ob gesellschaftliche Veränderungen verstanden, gestaltet und akzeptiert werden. Gerade deshalb ist es problematisch, dass **Geistes- und Sozialwissenschaften** in der Hightech-Agenda kaum eine sichtbare strategische Rolle einnehmen. Denn Transformation betrifft nicht nur technische Machbarkeit, sondern ebenso gesellschaftliche Akzeptanz, wirtschaftliche Strukturen und politische Steuerung.

Das gilt insbesondere für die tiefgreifenden Veränderungen durch Künstliche Intelligenz und Digitalisierung – etwa für Arbeitswelt, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleiches gilt für die Folgen des demografischen Wandels und die Transformation unseres Energiesystems und Industriestandorts.

Wer **Transformation erfolgreich gestalten** will, darf nicht nur technologische Innovation isoliert betrachten. Es braucht einen Ansatz, der technologische Entwicklung mit sozialen Innovationen, gesellschaftlicher Forschung und strategischer Zukunftsvorsorge verbindet.

9. Strategisch priorisieren – technologische Stärke gezielt aufbauen

Deutschland wird im globalen Technologiewettbewerb nicht auf allen Feldern gleichzeitig Weltspitze sein können. Gerade in Zeiten begrenzter Mittel kommt es deshalb darauf an, strategisch zu priorisieren: dort gezielt aufzuholen, wo Anschlussfähigkeit entscheidend ist – und gleichzeitig in den Bereichen konsequent zu investieren, in denen echte Technologieführerschaft erreichbar ist. Wettbewerbsfähigkeit entscheidet sich auch daran, wie schnell neue Technologien in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Bildung produktiv eingesetzt werden. **Technologische Souveränität** bedeutet deshalb nicht nur, eigene technologische Fähigkeiten aufzubauen. Sie bedeutet auch, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, neue Tech-

nologien schnell zu adaptieren, verantwortungsvoll einzusetzen und daraus eigene Wertschöpfung zu generieren. Dazu gehört auch der flächendeckende Aufbau leistungsfähiger digitaler Infrastruktur – von sicheren Datenräumen bis hin zu Rechenkapazitäten, die Wissenschaft, Verwaltung, Mittelstand und Start-ups den Zugang zu modernen KI-Anwendungen überhaupt erst ermöglichen.

Gleichzeitig muss Deutschland dort mutig investieren, wo die Chance besteht, bei den nächsten technologischen Durchbrüchen wieder international an der Spitze mitzuspielen. Das bedeutet auch, begrenzte Mittel nicht zu kleinteilig auf zu viele parallele Ansätze zu verteilen. Wer versucht, überall gleichzeitig vorne mitzuspielen, läuft Gefahr, am Ende nirgends ausreichend Schlagkraft zu entwickeln. Strategische Priorisierung heißt auch: technologische Stärken gezielt auszubauen und **Ressourcen dort zu bündeln, wo reale Chancen auf internationale Technologieführerschaft bestehen.**

Priorisieren heißt zugleich, ehrlich zu evaluieren. Wer Schwerpunkte setzt, muss auch bereit sein, Programme zu beenden, die ihre Wirkung verfehlen. Wir brauchen **verbindliche Evaluationsklauseln und Sunset-Regeln** für neue Förderinstrumente: regelmäßige unabhängige Wirkungsmessung statt politischer Selbstvergewisserung – und den Mut, Mittel konsequent dorthin umzulenken, wo tatsächlich neue Wertschöpfung entsteht.

10. Exzellenz kennt keine Ländergrenzen - Innovation entsteht im ganzen Land

Deutschland verfügt über eine Vielzahl exzellenter Forschungs- und Innovationsstandorte. Ob KI-Forschung im Innovationscampus *Cyber Valley* in Baden-Württemberg, der weltweit größte Stellarator-Fusionsreaktor *Wendelstein 7-X* in Greifswald oder die einzigartige Röntgenlichtquelle *PETRA IV*, die in Hamburg entstehen soll, stehen exemplarisch für **echte Exzellenz in 16 Bundesländern.**

Diese Vielfalt in der Breite ist ein zentraler Vorteil im internationalen Wettbewerb – und sollte gezielt gestärkt werden, anstatt Schlüsseltechnologien zu stark auf einzelne Bundesländer zu konzentrieren. Um das Innovationspotential des gesamten Landes auszuschöpfen, kommt es entscheidend darauf an, die Länder auf Augenhöhe, eng und frühzeitig in die Umsetzung der Hightech-Agenda einzubinden – damit diese auch **gemeinsam in eine Richtung arbeiten.** Umso wichtiger sind transparente, nachvollziehbare und offene Verfahren und die Möglichkeit, Positionen tatsächlich einzubringen und weiterzuentwickeln. Nur so entsteht eine gemeinsame Strategie, die die Stärken des gesamten Landes nutzt.

11. Europäische Stärke gezielt nutzen – technologische Souveränität europäisch denken

Technologische Souveränität lässt sich nicht rein national erreichen. Deutschland muss die Hightech-Agenda deshalb viel **stärker mit europäischen Initiativen verzahnen** und vorhandene europäische Forschungs- und Innovationsökosysteme gezielt für gemeinsame Wertschöpfung nutzen. Gerade bei Schlüsseltechnologien wie KI, Mikroelektronik, Quantentechnologien oder klimaneutraler Energieerzeugung entscheidet Europas Fähigkeit zur Bündelung von Exzellenz darüber, ob Forschungserfolge auch in industrielle Stärke übersetzt werden können.

Dafür braucht es eine systematische Abstimmung der Hightech-Agenda mit europäischen Programmen, Forschungsinfrastrukturen und Industrieinitiativen. Nationale Förderung darf nicht neben europäischen Strukturen herlaufen, sondern muss Anschlussfähigkeit, gemeinsame Standards und Skalierung von Anfang an mitdenken. Deutschland sollte **europäische Forschungsinfrastrukturen und Innovationsnetzwerke aktiv mitgestalten**, stärker für Ausgründungen und industrielle Anwendung öffnen und nationale Förderinstrumente so ausrichten, dass sie europäische Kooperation erleichtern, statt erschweren. Nur wenn Deutschland seine Stärken konsequent europäisch skaliert, entsteht daraus echte technologische Handlungsfähigkeit im globalen Wettbewerb.

12. Innovation braucht Menschen – Fachkräfte und Talente gewinnen

Die beste technologische Infrastruktur und das mutigste Wagniskapital laufen ins Leere, wenn die klugen Köpfe fehlen, um Innovationen in die Praxis umzusetzen. Der eklatante Fach- und Arbeitskräftemangel ist die größte Wachstumsbremse für unsere wirtschaftliche Entwicklung und den Innovationsstandort Deutschland. Wer bei Schlüsseltechnologien international an der Spitze mitspielen will, muss deshalb auch **im globalen Wettbewerb um die besten Talente bestehen**.

Einzelne Programme wie das 1000-Köpfe-Programm können wichtige Impulse setzen. Sie ersetzen jedoch keine umfassende Fachkräftestrategie, die von Bildung über Einwanderung bis zu besseren Karrierebedingungen im Wissenschafts- und Innovationsystem reicht. Gerade hier ausgebildete internationale MINT-Studierende müssen einfacher im Land bleiben und arbeiten können. Dafür braucht es weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und eine echte Willkommenskultur. Gleichzeitig gilt es, unser inländisches Potential voll auszuschöpfen, indem wir die MINT-Bildung entlang der gesamten Bildungskette, vor allem auch die duale MINT-Ausbildung stärken und den

Frauenanteil in Hightech-Berufen deutlich erhöhen. Denn **Forschungsförderung ist auch Personalpolitik**.

Wer Ausgründungen und Technologietransfer stärken will, muss Wechsel zwischen Wissenschaft, Start-ups und Industrie erleichtern, ohne dauerhafte Karrierebrüche zu riskieren. Wissenschaftler*innen müssen zeitweise in Unternehmen oder Ausgründungen wechseln und ihre Erfahrungen später wieder in Forschung und Lehre einbringen können. Hier müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine unkomplizierte Umsetzung geschaffen werden.

Auch das aktuelle **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** und die Logik projektbezogener Kurzfristförderung stehen einer nachhaltigen Personalentwicklung häufig im Weg. Gleichzeitig erfordert der rasante technologische Wandel massive Investitionen in die Weiterbildung der bestehenden Belegschaften in Unternehmen, die staatlich gezielt angereizt werden müssen. Ohne eine entschlossene Fachkräftepolitik bleibt auch die ambitionierteste Hightech-Agenda auf der Startrampe stehen.